

„Vielleicht werde ich noch beobachtet“

Werner Siebler durfte in den 80ern nicht als Briefträger arbeiten, er galt als linker Verfassungsfeind. Heute streitet er vor Gericht darum zu erfahren, was ihm der Verfassungsschutz vorgeworfen hat.

Herr Siebler, Sie kommen zu unserer Verabredung gerade aus einer Vorlesung an der Universität. Worum ging es?

Jörn Leonard ist hier der Geschichtsprofessor, der immer spannende Vorlesungen macht. Die in diesem Semester heißt „Gleichgewicht, Hegemonie und Expansion“, es geht um die internationale Politik von vor dem Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg. Es ist schon die vierte oder fünfte Reihe, die ich bei ihm mitmache. Geschichte war immer eines meiner Lieblingsfächer, aber so intensiv wie an der Uni kennt man es natürlich an der Hauptschule nicht.

Was machen Sie sonst so im Ruhestand?

Ich genieße, dass ich drei Enkelinnen und Enkel habe, und fahre viel mit dem Fahrrad. Aber ich habe den DGB am Hals, ich habe Verdi am Hals, ich habe diverse politische Bündnisse am Hals.

Das machen Sie aber freiwillig, den Vorsitz beim Freiburger Stadtverband des DGB und alles andere.

Mehr oder weniger freiwillig. Die Welt ist so verrückt, da kann man doch nicht einfach still sitzen und zuschauen. Allein wenn ich jeden Tag die BZ aufschlage, denke ich: Da müsste man was machen, da müsste man was machen ... Also gehe ich ins Gewerkschaftsbüro und sage: Da müssen wir, da müssen wir ... Und alle verdrehen die Augen. Von Ruhestand kann nicht so richtig die Rede sein. Aber ich glaube, das täte mir auch nicht gut. Ich würde meiner Umgebung auf den Geist gehen, da gehe ich der Umwelt lieber auf diese Art auf den Geist.

Wo stehen Sie heute politisch? Der Grund, warum Sie von 1984 bis 1991 nicht als Briefträger bei der Post arbeiten durften, war Ihre Mitgliedschaft in der DKP.

Nein, das kann ich nicht bestätigen. Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht 1975 geurteilt, eine Mitgliedschaft in einer Organisation allein darf keine Rolle spielen, sondern man muss darüber hinaus etwas machen. Bei mir war das meine Kandidatur für den Gemeinderat und anderes mehr. Ich würde aber auch heute noch sagen: Das sind ganz normale demokratische Gepflogenheiten und keine verfassungsfeindlichen Tätigkeiten.

Und wo sind Sie heute aktiv?

In Prozentzahlen ausgedrückt bin ich zu 90 Prozent Gewerkschafter, wie ich es seit 1972 bin, als ich Jugendvertreter bei der Post wurde. Und dann mache ich mit bei der linken Liste in Freiburg, beim Bündnis Freiburg gegen Rechts. Ich bin ab und zu bei Veranstaltungen der Linken, ich bin ab und zu bei Veranstaltungen der DKP.

„Zu 90 Prozent bin ich Gewerkschafter“

Sind Sie immer noch Mitglied der Partei?

Ich bin nie formell ausgetreten, auch wenn ich die DKP schon lange nicht mehr wähle. Ich bin immer noch der festen Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht die Lösung für die Probleme unserer Welt ist, im Gegenteil. Ich war aber noch nie der Überzeugung, dass die Diktatur

des Proletariats der richtige Weg ist. Eine friedlichere und gerechtere Welt wird nur gelingen, wenn die Mehrheit der Menschen sich auf diesen Weg macht. Das ist auch der Kern der Einheitsgewerkschaft und es war das Credo der Menschen wie Max Faulhaber und Käthe Seifried, die ich in den 1970er Jahren in der DKP kennengelernt habe und die aus dem Konzentrationslager gekommen waren.

Können Sie sich wegen dieser Menschen nicht überwinden auszutreten?

Ich sage immer: Wir Berufsverbotsbetrof-

fungsschutz antun soll. Ich habe die Auseinandersetzung des Freiburger Anwalts Michael Moos verfolgt und kenne das Ergebnis: 750 Seiten vom Verfassungsschutz, viele davon wegen angeblichen Quellenschutzes geschwärzt.

Sie haben dann die Anfrage gestellt, aber nur 37 Erkenntnisse aus den Jahren 1999 bis 2017 mitgeteilt bekommen.

Nach einem Streit um die Frage, ob ich überhaupt berechtigt bin, eine Antwort zu bekommen. Erst nachdem der Verfassungsschutz festgestellt hat, dass ich eine

Akten durchsuchen, in denen Werner Siebler da, Werner Siebler dort auftaucht. Und das hat das Gericht geglaubt.

Kann man sich das vorstellen, dass es nicht einfach eine Akte gibt, auf der „Werner Siebler“ steht und in der alles drin ist?

Das hat mein Anwalt auch gesagt, der Verfassungsschutz müsse doch der Post 1983 „Erkenntnisse“ geliefert haben, die sie dann benutzt habe. Und da würden doch sicher Zusammenfassungen existieren und nicht bei jeder Anfrage Lastwagen mit allen Akten angeliefert worden sein.

Ich erinnere mich auch, dass bei den Anhörungen solche Ordner dagelegen sind.

Die letzte der 37 Erkenntnisse ist von 2017. Ist der Verfassungsschutz an Ihnen nicht mehr interessiert?

Diese Frage haben wir natürlich gestellt, aber auch auf die gab es keine Antwort. Ich halte es für möglich, dass ich noch beobachtet werde, ich mache ja noch relativ viel. Wer weiß, ob sie sauer sind, weil ich im Bündnis gegen Rechts oder beim „Freiburger Appell für ein AfD-Verbot“ aktiv bin.

Dass Sie für ein AfD-Verbot sind, bringt mich zurück zur Frage von Berufsverbots: Die AfD ist vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft worden, auch wenn diese Feststellung derzeit ausgesetzt ist. Sind Sie der Meinung, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Beamte, die Mitglieder der AfD sind, entlassen werden sollten? Brauchen wir einen neuen Radikalenerlass?

Nein, ich bin dagegen, das so aufzuzäumen. Schon deshalb, weil das die AfD nur am Rande treffen würde. 1972 hatte man den Erlass so formuliert, dass alle Radikalen hätten betroffen sein müssen. Ich weiß von zwei NPDlern, die damals rausgeflogen sind, ansonsten waren es tausende Linke, überwiegend aus dem DKP-Spektrum. Ich halte es für falsch, es an der Frage von Berufsverbots anzuhängen. Das Grundgesetz macht eine klare Vorgabe: Wenn eine Partei gegen die Verfassung agitiert, dann wird ein Verbotstrag gestellt. Es wird die Verfassungswidrigkeit festgestellt, dann ist die Partei verboten – mit allen Konsequenzen für Mitglieder im Staatsdienst.

Es stellt sich aber die Frage, ob es politisch klug ist, die Partei zu verbieten.

Ich bin jemand, der Rassismus und Faschismus richtig hasst. Und ich bin dafür, diese mit rechtsstaatlichen Mitteln, und zwar mit allen, die man hat, zu bekämpfen. Ich will nicht, dass meine Kinder und Enkel das Los haben, im Faschismus oder im Krieg aufzuwachen. Das würde ich schon noch gerne verhindern, sofern es geht. Deswegen bin ich dafür, da sehr wachsam zu sein. Das ist eine Aufgabe aller Bürger.

Interview von Thomas Steiner

Werner Siebler

Der 69-jährige Freiburger ist 1984 bundesweit bekannt geworden als der „rote Briefträger“. Er war von der Bundespost entlassen worden, weil er sich für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) engagierte. Hintergrund war der Radikalenerlass von 1972: Öffentlicher Bediensteter oder Beamter durfte nur werden, wessen Treue zur Verfassung nicht angezweifelt wurde. In Baden-Württemberg galt der Erlass bis 1991. Im selben Jahr klagte sich Siebler wieder bei der Post ein. Er führt einen Rechtsstreit mit dem Verfassungsschutz, um zu erfahren, was dieser über ihn in den Akten hat. **tst**



Werner Siebler ist ein „Berufsverbotsbetroffener“, wie er es nennt.

fenen sind ein Fall für Psychotherapeuten. Auch nach 50 Jahren ist man noch auf der Schiene, etwas nur deshalb nicht machen zu wollen, weil es der Staat von einem will oder der Mainstream. Eigentlich habe ich x-mal damit gerechnet, aus der DKP rauszufliegen. Ich habe ein paar Mal dazu aufgerufen, Die Linke zu wählen. Das gilt als Unterstützung des politischen Gegners.

Sie führen auch noch immer einen Rechtsstreit mit dem Verfassungsschutz, jetzt haben Sie in erster Instanz verloren. Sie wollen Auskunft darüber, was der Geheimdienst über Sie gesammelt hat.

Tatsächlich ist das eine Diskussion, die es bei den Berufsverbotsbetroffenen insgesamt jetzt gegeben hat. Wir stellen uns die Frage, was ist denn überhaupt tatsächlich alles gewesen und was wurde gesammelt? Ich habe lange mit mir gerungen, ob ich mir einen Rechtsstreit mit dem Verfas-

Person der Zeitgeschichte bin, hat man sich entschieden, mir diese 37 Erkenntnisse zuzustellen. Die aus meiner Sicht lauter Lächerlichkeiten sind: Kandidaturen für den Gemeinderat oder die Organisation der Demo gegen die NPD von 2002. Da waren damals OB Dieter Salomon dabei und SC-Trainer Volker Finke. Aber der Verfassungsschutz hat das alles als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen genommen.

Ihre Entlassung bei der Post war 1984. Wieso hat der Verfassungsschutz Ihnen keine „Erkenntnisse“ von damals mitgeteilt?

Der Verfassungsschutz ist erst seit 1999 digitalisiert. Es wäre ein zu großer Aufwand rauszusuchen, was in den Papierakten von 1972 bis 1999 war, sagte die Vertreterin des Verfassungsschutzes im Prozess in Stuttgart. Es sei alles in eine große Ablage Linksradikalismus getan worden, und deshalb müssten Sie ein paar hundert